

Stellungnahme zur Verordnung (EU) Nr. 1308/2013 über eine Gemeinsame Marktorganisation vom 22.08.2025

Der Branchenverband Cannabiswirtschaft e. V. (BvCW) vertritt über 100 Unternehmen und Gewerbetreibende aus der Cannabiswirtschaft. Der BvCW begrüßt die Initiative der Europäischen Kommission zur Schaffung von Rechtssicherheit und zur Ausschöpfung der vollen Pflanzenlast und des wirtschaftlichen Potenzials von Industriehanf im Einklang mit wissenschaftlichen, technologischen und politischen Entwicklungen. Der Industriehanf-Sektor ist ein starker Wegbereiter zur Erreichung der Ziele des Grünen Deals und kreiert einen gesonderten Mehrwert für diverse Komponenten der Nachhaltigkeits-Agenda, wie beispielsweise den Aktionsplan für die Kreislaufwirtschaft und die Strategie "Vom Erzeuger zum Verbraucher".

Die Schaffung von Rechtssicherheit, durch die Einführung harmonisierter Regeln und Kodifizierung bestehender Rechtsprechung, fördert den europäischen Industriehanf-Sektor und hilft, das wirtschaftliche, Umwelt-, Klima- und Innovationspotenzial von Industriehanf zu maximieren. Um divergierenden Rechtsvorschriften vorzubeugen, ist auch der Einbezug von Blütenständen in Anhang I Teil VIII und die dem harmonisierten Regelwerk entsprechende Begrenzung restriktiverer nationaler Maßnahmen äußerst begrüßenswert.

Die auf Unionsebene harmonisierten Vorschriften für die Erzeugung und Vermarktung von landwirtschaftlichen Hanferzeugnissen sollen Rechtssicherheit schaffen, faire Wettbewerbsbedingungen garantieren und den Gesundheitsschutz gewährleisten.¹ Zu diesem Zweck sieht der Gesetzesvorschlag insbesondere einen einheitlichen THC-Grenzwert sowie weitere geeignete Schutzmaßnahmen und eine Beschränkung von nicht-konformen Produkten auf wissenschaftliche und medizinische Zwecke vor. Während die harmonisierten Vorschriften einen essentiellen Beitrag zur Herstellung von gleichen Wettbewerbsbedingungen und Rechtssicherheit in der EU bieten, würde die Anpassung technischer Spezifikationen und regulatorischer Grenzwerte eine effizientere Nutzung des neuen Rechtsrahmens ermöglichen.

1. Einheitlicher THC-Grenzwert

Mit dem Kommissionsvorschlag ändert sich das regulatorische Regime von einem einheitlichen Mindestwert von 0.3% THC, basierend auf der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs im Kontext des Erhalts direkter Beihilfen im Agrarsektor², zu einem harmonisierten Höchstwert von 0.3% THC. Weiterhin haben Mitgliedstaaten die Möglichkeit, auf Ihrem Hoheitsgebiet und im Einklang mit internationalem, europäischem und nationalem Recht, die Produktion von landwirtschaftlichen Hanferzeugnissen zuzulassen, welche über 0.3% THC aufweisen, nicht dem EU-Sortenkatalog entstammen oder entsprechend zertifiziert sind. Während die Etablierung eines einheitlichen THC-Grenzwertes eine produktive Maßnahme zur Förderung des Industriehanfssektors darstellt und der nationale Ermessensspielraum auf dem eigenen Hoheitsgebiet von fundamentaler Wichtigkeit ist, ist der angesetzte harmonisierte Grenzwert von 0.3% THC zu niedrig gefasst. Dieser Grenzwert würde die verwendbare Sortenvielfalt deutlich einschränken, was einen erheblichen Wettbewerbsnachteil auf dem Weltmarkt darstellt. Darüber hinaus wird so die Rechtsunsicherheit für Bauern erhöht, da durch

¹ Erwägungsgrund 22, Kommissionsvorschlag GMO-Verordnung

² CJEU Case 462/01 Ulf Hammarsten, §§ 35,38

natürliche Schwankungen (z. B. das Wetter) der sehr niedrige Grenzwert auch von runtergezüchteten Sorten überschritten werden könnte, was dann - auch bei hoher Produktqualität - eine Vernichtung der gesamten Ernte zur Folge hätte. In Anbetracht der Tatsache, dass Länder wie Tschechien und die Schweiz bereits Industriehanf mit einem Höchstgehalt von 1,0% THC produzieren, würde eine Anhebung des harmonisierten THC-Grenzwerts auf 1,0% das Ausschöpfen des wirtschaftlichen Potenzials und der Pflanzenlast von Industriehanf verbessern, ohne das Ziel des Gesundheitsschutzes zu gefährden.

2. Geeignete Schutzmaßnahmen

Neben einem einheitlichen THC-Grenzwert stellen weitere Schutzmaßnahmen einen Bestandteil der europäischen Harmonisierung dar. Diese Schutzmaßnahmen umfassen insbesondere die Beschränkung auf den Gemeinsamen Sortenkatalog und die Zertifizierung von Saatgut (Richtlinie 2002/57/EG, Erhaltungssorten gemäß Richtlinie 2008/62/EG oder Nachweis des THC-Gehalts). Dies ist insbesondere dahingehend relevant, da die Ziele des Gesundheitsschutzes - auch im Kontext von Betäubungsmitteln - in die Ziele der Gemeinsamen Marktorganisation integriert sind³ und entsprechend auf europäischer Ebene geregelt werden. So garantiert das Agrarrecht im Einklang mit diversen bestehenden Instrumenten (Lebensmittelrecht, Futtermittelrecht, Tabakrecht, Kosmetikrecht), dass keine Gesundheitsrisiken für Verbraucher entstehen. Dementsprechend wird der Gesundheitsschutz bereits vollumfänglich auf europäischer Ebene abgedeckt.

Darüber hinaus verfolgen verschiedene nationale Verwaltungspraktiken, wie beispielsweise Blütemeldungen und Erntefreigaben, zusätzlich das Ziel des Gesundheitsschutzes. Es ist wichtig, dass auch solche Mechanismen auf ihre Kompatibilität mit den Zielen der GMO-Verordnung überprüft und entsprechend angepasst werden. Insbesondere die Erntefreigabe stellt für Landwirte weiterhin existenzielle Schwierigkeiten dar, was durch die Zunahme wetterbedingter Krisen verstärkt wird. Da Landwirte die notwendige Flexibilität benötigen, um den optimalen Erntezeitpunkt unter Berücksichtigung von Wetterereignissen und Maschinenverfügbarkeit abschätzen zu können, sollten externe Abhängigkeiten und formalistische Prozesse auf ein Mindestmaß reduziert werden. Solange Hanfbauern und hanfverarbeitendes Gewerbe weiterhin an bürokratischen Hürden auf nationaler und regionaler Ebene scheitern, kann das volle Potenzial eines harmonisierten Rechtsrahmens nicht ausgenutzt werden.

Um das reibungslose Funktionieren des Binnenmarktes zu ermöglichen und unverhältnismäßigen Handelsbarrieren vorzubeugen, sollte daher jede einschränkende nationale Maßnahme an eine strikte Verhältnismäßigkeitsprüfung gebunden sein. Beispielsweise stellt die auch als "Rauschklausel" bekannte "Missbrauchsklausel" keine authentische Gesundheitsschutzmaßnahme dar⁴, sondern ist aufgrund ihrer realitätsfernen Grundlage eine unverhältnismäßige Handelsbarriere, welche über ihr Ziel hinausgeht und die Rechtssicherheit und Wirtschaftlichkeit von Hanfbauern in Deutschland gefährdet.

³ CJEU Case 462/01 Ulf Hammarsten, §34

⁴ ELEMENTE Band 21: Warum es praktisch ausgeschlossen ist, dass Nutzhanf zu Rauschzwecken missbraucht wird. [ELEMENTE 21 Warum es praktisch ausgeschlossen ist, dass Nutzhanf zu Rauschzwecken missbraucht wird BvCW](#)

3. Vermarktung zu industriellen Zwecken

Rohhanf, Hanfsamen und alle anderen Teile der Hanfplanze, welche mehr als 0,3 % THC aufweisen, nicht im Sortenkatalog gelistet oder gemäß EU-Recht zertifiziert sind, dürften gemäß dem Kommissionsvorschlag nur zu medizinischen und wissenschaftlichen Zwecken in Verkehr gebracht werden.⁵ Mit der entsprechenden Ausnahmeregelung wird die generelle Beschränkung aus dem VN Einheits-Übereinkommen⁶, welches auch Hanfimporte in Artikel 189 GMO-Verordnung regelt, auf die Gemeinsame Agrarpolitik ausgeweitet. Dabei ist festzuhalten, dass das VN Einheits-Übereinkommen generell nicht auf industrielle Zwecke anzuwenden ist solange missbräuchliche Zwecke ausgeschlossen werden können.⁷ Die entsprechende Ausnahmeregelung wurde bewusst in dem Einheits-Übereinkommen verankert, um zukünftige wirtschaftliche Entwicklungen zu berücksichtigen.⁸ Die Hanfindustrie, als auch ihr gesellschaftlicher und technologischer Kontext, haben sich in den vergangenen 50 Jahren fundamental weiterentwickelt. Um Innovation und Bioökonomie zu fördern -und die Wettbewerbsfähigkeit als auch Umwelt- und Klimavorteile von Hanf voll auszuschöpfen⁹- sollten von den harmonisierten Bedingungen abweichende landwirtschaftliche Hanferzeugnisse daher auch über die generelle Beschränkung zu medizinischen und wissenschaftlichen Zwecken hinaus in Verkehr gebracht werden können, wenn dies zu gesichert industriellen Zwecken geschieht. Mit einer Ergänzung der Ausnahmeregelung bezüglich industrieller Zwecke könnten B2B-Lieferketten effizienter genutzt werden, ohne dass die Volksgesundheit durch nicht-zugelassene Endprodukte gefährdet wird. Dies würde insbesondere der Produktion und Distribution von Hanfbaustoffen, wie beispielsweise Hanfbeton oder Hanfdämmwolle, zugutekommen, und so die grüne Transformation und den Ausbau der Kreislaufwirtschaft beschleunigen. Aus denselben Beweggründen und um die Kohärenz des Rechtsrahmens zu gewährleisten, sollte weiterhin Artikel 189 (2) der GMO-Verordnung angepasst werden, um auch den Import zu industriellen Zwecken zuzulassen.

4. Überarbeitung ergänzender Rahmenbedingungen

Der wirtschaftliche und innovationsfördernde Mehrwert des harmonisierten Regelwerkes ist weiterhin von den ergänzenden regulatorischen Rahmenbedingungen abhängig. Dies betrifft insbesondere Artikel 4(4) der Verordnung 2021/1225, welche dahingehend angepasst werden sollte, dass in Mitgliedstaaten welche auf Ihrem Hoheitsgebiet den Anbau von Industriehanf mit über 0.3% THC erlauben, diese Flächen auch zumindest bis zu 1% THC förderbar sein sollten. Auf diese Weise könnte der sozioökonomische und ökologische Mehrwert von Industriehanf weiter gesteigert werden und insbesondere in benachteiligten Regionen einen konkreten Mehrwert für Hanfbauern, Unternehmen und Gemeinden schaffen.

Ein weiteres Problem betrifft die Kontrolldichte. Die in Anlage I der Delegierten Verordnung (EU) 2022/126 beschriebenen Prozeduren der Unions Methode zur Verifizierung von Hanfsorten und des THC-Gehalts sollten dahingehend angepasst werden, dass die Stichprobenkontrolle nicht jährlich bei allen Betrieben ausgeführt werden muss. Da dies einen signifikanten Bürokratieabbau für Hanfbauern bedeuten würde, sollten Mitgliedstaaten die Möglichkeit haben, die Kontrolldichte der Inspektionen ihren nationalen Gegebenheiten entsprechend selbst festlegen zu können.

⁵ Artikel 147c (2), Kommissionsvorschlag zur Verordnung über eine Gemeinsame Marktorganisation

⁶ Artikel 4 VN Einheits-Übereinkommen: Die generelle Beschränkung auf medizinische und wissenschaftliche Zwecke

⁷ Artikel 2(9) VN Einheits-Übereinkommen: Die Ausnahmeregelung für industrielle Zwecke

⁸ UN Kommentar VN Einheits-Übereinkommen, Paragraph 9, Kommentar 2, Seite 72

⁹ Erwägungsgrund 19, Vorschlag für eine Verordnung, Seite 15-16

Synopsis

GMO-Textänderung	Erwägungsgrund	BvCW-Bewertung
Section 2a Hemp Article 147b Production of hemp 1. The following products may be produced in the Union if they are grown from a variety of Cannabis Sativa L. registered in the Common Catalogue of Varieties of Agricultural Plant Species containing a maximum Δ9-tetrahydrocannabinol content not exceeding 0,3 % and they meet the following conditions: (a) raw true hemp falling within CN code 5302 grown from seeds certified in accordance with Council Directive 2002/57/EC* or in accordance with Article 10 of Commission Directive 2008/62/EC** in the case of conservation varieties; (b) hemp seeds for sowing falling within CN code ex 1207 99 20 produced in accordance with Directive 2002/57/EC or in accordance with Article 10 of Directive 2008/62/EC in the case of conservation varieties; (c) hemp seeds other than for sowing, falling within CN code 1207 99 91 grown from seeds certified in accordance with Directive 2002/57/EC or in accordance with Article 10 of Directive 2008/62/EC in the case of conservation varieties; (d) all other parts of the hemp plant falling within CN code 1211 90 86 grown from seeds certified in accordance with Directive 2002/57/EC or in accordance with Article 10 of Directive 2008/62/EC in the case of conservation varieties. 2. Products referred to in paragraph 1 not meeting the conditions laid down therein may be produced on the territory of Member States that allow so for their territory and under the conditions they lay down in accordance with Union, international and national law.	(19) Innovation and the growth of the bioeconomy have led to new applications for hemp biomass derived from all parts of the plant. This provides farmers with additional opportunities to valorise the plant beyond fibre production, making hemp a more attractive and competitive crop. In addition, growing hemp has environmental and climate benefits as it does not require pesticides or fertilisers and improves soil structure. Several hemp products, including raw hemp (CN 5302), hemp seeds (CN 1207 99 91) and other hemp parts (CN 1211 90 86) are listed as agricultural products in Annex I to the TFEU. In the interest of clarity, the products covered by the flax and hemp sector listed in Annex I, Part VIII, to Regulation (EU) No 1308/2013 should be amended to include hemp products other than raw hemp.	Um das wirtschaftliche Potenzial und die gesamte Pflanzenlast von Industriefhanf zu nutzen und Innovation in der Bioökonomie zu fördern, sollte der einheitliche THC-Grenzwert an die in Tschechien und der Schweiz gängige Praxis von 1,0% angehoben werden. Eine entsprechende Erweiterung des Gemeinsamen Sortenkatalogs würde eine bessere Anpassung an industrielle und klimatische Bedingungen ermöglichen, ohne die Volksgesundheit zu gefährden.

Article 147c

Marketing of hemp

1. The following products may only be marketed in the Union if the following conditions are met:

(a) raw true hemp falling within CN code 5302, produced from a variety of Cannabis Sativa L. registered in the Common Catalogue of Varieties of Agricultural Plant Species containing a maximum Δ^9 -tetrahydrocannabinol content not exceeding 0,3 % and grown from seeds certified in accordance with Directive 2002/57/EC or in accordance with Article 10 of Directive 2008/62/EC in the case of conservation varieties;

(b) hemp seeds for sowing falling within CN code ex 1207 99 20 of a variety of Cannabis Sativa L. registered in the Common Catalogue of Varieties of Agricultural Plant Species containing a maximum Δ^9 -tetrahydrocannabinol content not exceeding 0.3 %, marketed in accordance with Directive 2002/57/EC or in accordance with Article 10 of Directive 2008/62/EC in the case of conservation varieties;

(c) all other parts of the hemp plant falling within CN code 1211 90 86, of a variety of Cannabis Sativa L. registered in the Common Catalogue of Varieties of Agricultural Plant Species containing a maximum Δ^9 -tetrahydrocannabinol content not exceeding 0.3 % and grown from seeds certified in accordance with Directive 2002/57/EC or in accordance with Article 10 of Directive 2008/62/EC in the case of conservation varieties.

Hemp seeds other than for sowing, falling within CN code 1207 99 91 may be marketed in the Union.

2. By way of derogation from paragraph 1, products listed in that paragraph not complying with the conditions laid down therein may be marketed for use for medical and scientific purposes in accordance with Union, international and national law.

3. Hemp products referred to in paragraph 1 derived from hemp plants sown before [1 January of the year after the date of entry into force of this Regulation] may continue to be marketed in accordance with the rules in force prior to that date until [31 December of the year after the entry into force of the amending Regulation].

(20) Some Member States have adopted national measures, on grounds of health protection, that prohibit the production or marketing of specific hemp products. These **divergent national approaches** undermine the proper functioning of the common market organisation, create **legal uncertainty** and **barriers** in the internal market and cause **unfair competition** between farmers in different Member States.

(21) In **compliance** with various international instruments which the Member States have cooperated on or acceded to, as the United Nations **Single Convention** on Narcotic Drugs of 1961 and the Convention on Psychotropic Substances of 1971, the **marketing of narcotic drugs should be prohibited, with the exception of strictly controlled trade or use for medical and scientific purposes**. However, it follows from the reasoning of the Court in Case **C-663/18** that non-psychoactive products as cannabidiol ('**CBD**') derived from hemp varieties with a low Δ^9 -tetrahydrocannabinol content are not to be considered narcotic drugs under these conventions.

(22) **Scientific evidence** also suggests that hemp products obtained from varieties containing a maximum tetrahydrocannabinol content of **0.3 %** are unlikely to pose a risk to human health. Therefore, to ensure **legal certainty**, promote the **development of the sector**, guarantee a **level playing field** across the Union and support the **proper functioning** of the common market organisation, while protecting **public health interests**, it is necessary to lay down harmonised rules at Union level for the production and marketing of hemp agricultural products that provide public health safeguards. In particular, these rules should include a

Die Harmonisierung gewährleistet den Gesundheitsschutz durch die Beschränkung auf den Gemeinsamen Sortenkatalog und die Zertifizierung von Saatgut. Weitere nationale Maßnahmen sollten daher nicht nur geeignet, sondern auch angemessen sein und nicht über ihre Ziele hinausgehen und dabei Wirtschaftlichkeit und Rechtssicherheit in unverhältnismäßigem Maße einschränken.

Zur Förderung von Innovation und Bioökonomie sowie zur vollständigen Ausschöpfung der Wettbewerbs-, Umwelt- und Klimavorteile von Hanf sollten landwirtschaftliche Hanferzeugnisse auch über die bestehende Beschränkung auf medizinische und wissenschaftliche Zwecke hinaus gehandelt werden dürfen, sofern ihre Nutzung eindeutig und gesichert industriellen Zwecken dient.

	uniform maximum limit of tetrahydrocannabinol content, as well as other appropriate safeguards.	
Article 189 Imports of hemp 1. The following products may be imported into the Union only if the following conditions are met: (a) raw true hemp falling within CN code 5302, produced from a variety of Cannabis Sativa L. registered in the Common Catalogue of Varieties of Agricultural Plant Species containing a maximum Δ9-tetrahydrocannabinol content not exceeding 0,3% and grown from seeds certified in accordance with Directive 2002/57/EC or in accordance with Article 10 of Directive 2008/62/EC in the case of conservation varieties or accompanied by proof that the Δ9-tetrahydrocannabinol level of the variety concerned does not exceed 0,3 %; (b) hemp seeds for sowing falling within CN code ex 1207 99 20 of a variety of Cannabis Sativa L. registered in the Common Catalogue of Varieties of Agricultural Plant Species containing a maximum Δ9-tetrahydrocannabinol content not exceeding 0.3%, certified in accordance with Directive 2002/57/EC or in accordance with Article 10 of Directive 2008/62/EC in the case of conservation varieties or accompanied by proof that the Δ9-tetrahydrocannabinol level of the variety concerned does not exceed 0.3 %; (c) hemp seeds other than for sowing, falling within CN code 1207 99 91 and imported only by importers authorised by the Member State in order to ensure that such seeds are not intended for sowing; (d) other parts of the hemp plant falling within CN code 1211 90 86 of a variety of Cannabis Sativa L. registered in the Common Catalogue of Varieties of Agricultural Plant Species containing a maximum Δ9-tetrahydrocannabinol content not exceeding 0.3% and grown from seeds certified in accordance with Directive 2002/57/EC or in accordance with Article 10 of Directive 2008/62/EC in the case of conservation varieties or accompanied by proof that the tetrahydrocannabinol level of the variety concerned does not exceed 0.3 %.	(23) Furthermore, it is also appropriate to amend Article 189 of Regulation (EU) No 1308/2013 that lays down rules on the imports of hemp in order to ensure consistency with the new Union rules on the marketing of hemp products.	Der Wegfall restriktiverer nationaler Regelungen im Einklang mit den neu eingeführten harmonisierten Vorschriften hilft dabei, ideologisch motivierte Verbotspolitik und die Entstehung eines regulatorischen Flickenteppichs zu vermeiden. Um Innovation und Bioökonomie zu fördern, sollte die in Paragraph 2 bestehende Ausnahmeregelung um 'industrielle Zwecke' ergänzt werden.

2. By way of derogation from paragraph 1, products referred to in that paragraph not meeting the conditions laid down therein may be imported for use for medical and scientific purposes in accordance with Union, international and national law.2. This Article shall apply without prejudice to more restrictive rules adopted by Member States in compliance with the TFEU and the obligations under the WTO Agreement on Agriculture.		
---	--	--